

Standpunkt

Prämien 2020: VU-Bürgerpaket zeigt Wirkung

Die mittlere Krankenkassenprämie mit allen Kostenbeteiligungsvarianten sinkt im nächsten Jahr gegenüber heuer um 2,7 Prozent. Die durchschnittliche Erwachsenenprämie mit Unfalldeckung und gesetzlicher Kostenbeteiligung beträgt für das kommende Jahr 334 Franken pro Monat. Sie liegt damit um rund 7 Franken pro Monat unter der Durchschnittsprämie des Vorjahres. Das ist eine Senkung um 2,1 Prozent. Der Hauptgrund, dass die Prämien trotz weiterem Kostenwachstum in der OKP reduziert werden können, liegt in der von der VU-Fraktion im Juni-Landtag durchgebrachten Erhöhung des Staatsbeitrags um 4 Millionen Franken auf 33 Millionen Franken für das kommende Jahr.

Die Ankündigung dieses Erhöhungsantrags erfolgte Ende Mai im Rahmen der Lancierung des 10-Millionen-Pakets, mit welchem die VU den Mittelstand bei den Krankenkassenprämien entlasten möchte. Die weiteren 6 Millionen Franken sollten zur Ausweitung der Prämienverbilligung verwendet werden.

In der Juni-Debatte sprachen sich etliche Abgeordnete gegen die Erhöhung um CHF 4 Mio. aus, weil der Staatsbeitrag nach dem Giesskannenprinzip seine Wirkung entfalte. Nach den beiden gescheiterten Versuchen für die Jahre 2018 und 2019 hatte die VU diesmal jedoch mehr Erfolg: Ihr Antrag kam mit knappen 13 Stimmen durch. Den entsprechenden Erhöhungsantrag begründete die VU-Fraktion vor allem damit, dass nach den Jahren des Sparens und zahlreichen Senkungen des Staatsbeitrags angesichts der positiven Entwicklung des Staatshaushalts nun allen Versicherten wieder etwas zurückgegeben werden soll. Da die Gesundheitskosten und damit auch die Prämien in den nächsten Jahren voraussichtlich steigen würden, sollte diese moderate Erhöhung um CHF 4 Mio. einer mittelfristigen Prämienbremse für alle gleichkommen.

Prämienbremse zeigt Wirkung

Wie nun an der gestrigen Medienkonferenz zu den künftigen Krankenkassenprämien bekannt gegeben wurde, entwickeln sich die OKP-Kosten zwar unterdurchschnittlich



VU-Parteipräsident Günther Fritze.

Bild: Daniel Schwendener

nach oben, aber sie steigen weiterhin an, da das Mengenwachstum ungebremst verläuft. Dass trotz Kostenwachstum die Prämien für das Jahr 2020 nun gesenkt werden können, ist in erster Linie der

Erhöhung des OKP-Statsbeitrags zu verdanken. Diese Erhöhung um 4 Millionen Franken bedeutet eine monatliche Prämienreduktion um 10,40 Franken. Die mittelfristige Prämienbremse für alle

zeigt nun also die von der VU erhoffte Wirkung.

Weitere Faktoren, welche die Prämienreduktion ermöglichen, bilden die prämiestabilisierende Wirkung der KVG-Revision sowie die Tarifverhandlungen mit den Leistungserbringern. Dass die mittlere Erwachsenenprämie um 2,7 Prozent fällt, liegt weiter auch darin begründet, dass mehr Versicherte eine freiwillig höhere Kostenbeteiligung wählen. Ausserdem tragen auch die Krankenkassen durch den vorgesehenen Abbau ihrer Reserven zur Prämienreduktion für das nächste Jahr bei.

Ausweitung der Prämienverbilligung auf gutem Weg

Neben den 4 Millionen, welche nun als Prämienbremse allen Versicherten zugutekommen, hat die VU-Fraktion auch noch eine parlamentarische Initiative zur Ausweitung der Prämienverbilligung zur Entlastung des Mittelstandes erfolgreich auf den Weg gebracht. Die ursprüngliche Fassung würde bei einer angenommenen Nutzungsquote von 54 Prozent Mehrkosten von 6 Millionen Franken nach sich ziehen. In

der September-Sitzung wurde auf diese Initiative mit 22 Stimmen eingetreten. Inzwischen hat die VU-Fraktion diese Initiative durch den Einbau eines Verstetigungsmodells und einer Gleichbehandlung aller 20- bis 24-Jährigen mit den anderen Erwachsenen weiterentwickelt und mit geschätzten Mehrkosten von insgesamt 7,8 Millionen Franken zur zweiten Lesung im November vorgeschlagen.

Gemäss Lie-Barometer stellen die Gesundheitskosten für die liechtensteinische Bevölkerung das wichtigste Problem dar. Mit der erfolgreichen Prämienbremse für alle und der gezielten Prämienverbilligung für die Geringverdienenden und den unteren Mittelstand unterstreicht die VU, dass sie im Rahmen ihres Bürgerpakets auch tatsächlich Politik für die Menschen macht.

Günther Fritze VU-Parteipräsident

In der Rubrik «Standpunkt» äussern sich Mitglieder des Präsidiums und der Landtagsfraktion der Vaterländischen Union.

Forum

Massnahmen für Familien voranbringen!

Die im Mai 2018 vorgestellte Studie «Familienpolitik in Gegenwart und Zukunft» erbrachte fundierte Informationen über die Anliegen von Familien in Liechtenstein. Im September 2018 hat die von der Regierung eingesetzte «Arbeitsgruppe Familienpolitik» aufgrund der Ergebnisse der Familienstudie konkrete Massnahmen zur Familienpolitik formuliert und priorisiert. Seit Längerem ausstehend ist nun leider der nächste Schritt, nämlich die Verabschiedung familienpolitischer Empfehlungen im Rahmen eines Berichts zuhanden der Regierung. Wegen anderen arbeitsintensiven Geschäften im Ministerium für Gesellschaft stagniert der für uns so hoffnungsvoll begonnene Prozess nun seit mehr als einem Jahr.

Wir begrüßen es sehr, dass die Regierung unter breitem Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure nachhaltige

Verbesserungen in der Familienpolitik anstrebt. Doch jetzt müssen Taten – sprich, die Verabschiedung eines Konzeptes mit substanziellen Massnahmen folgen. Wir wünschen uns von allen Parteien ein klares politisches Bekenntnis zur Familienförderung mit dem Ziel, Eltern bessere Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf zur Verfügung zu stellen. Elternschaft darf nicht zu Diskriminierung führen. Die Verabschiedung eines mehrstufigen familienpolitischen Massnahmenplans hat aus unserer Sicht erste Priorität. Zudem soll die Umsetzung von einem die Legislatur überdauernden Gremium (Familienrat) begleitet und jeweils den aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

Wenn wir langfristig einen gesunden, prosperierenden Staat erhalten möchten, müssen wir noch stärker in unsere

Familien und damit in die gesunde Entwicklung unserer Kinder investieren. Es lohnt sich doppelt und dreifach!

Eine Stellungnahme der Kinderlobby Liechtenstein, vertreten durch: Assitej Liechtenstein; Eltern-Kind-Forum; Junges Theater Liechtenstein; Mütterzentrum Müze; NetzWerk, Verein für Gesundheitsförderung; OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche; Verein Kinderschutz; Verein Spielraum

Forumsbeiträge

In der Rubrik «Forum» äussern sich Verbände, Vereine, Institutionen, Aktions- und Interessengemeinschaften zu aktuellen Inland-Themen. Die Beiträge sollen möglichst kurz und prägnant abgefasst sein. Der Umfang darf maximal 3000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Leserbrief

Die Schafe scheren

Was meinen Sie, was Frau Marxer sagen würde, wenn sie morgen in ihrem Lieblingscafé für den Grüntee und das vegane Birchermüesli auf einmal ein Mehrfaches von dem bezahlen würde, was die Wirtin von anderen Gästen verlangt? Oder wieder andere das von ihr teuer zu bezahlende Quinoaschnitzel umsonst bekämen? Das Gleiche beim Bio-Gemüsehändler, im Lachyogakurs, bei der Kinesio-Login, an der Ladestation für das Elektroauto und im Drittweltladen sowieso. Auf Schritt und Tritt, immer und überall: Frau Marxer zahlt mehr, andere zahlen weniger bis nichts. Die Antwort mag Sie erstaunen, aber: Frau Marxer wäre ein glücklicher Mensch. Zumindest im Falle konsequenter Anwendung eigener Gerechtigkeitsideale. Steuern betreffend kommt sie in ihrem Leserbrief vom 5.10.2019 auf jeden Fall klar zur Sache. So ist die Mehr-

wertsteuer «eine ausserordentlich unsoziale und ungerechte Steuer, weil sie für alle gleich hoch ist und dadurch Leute mit wenig Geld ungleich stärker belastet». Und wenn es ausserordentlich unsozial und ungerecht ist, dass eine Steuer für alle gleich hoch ist, muss es auch ausserordentlich unsozial und ungerecht sein, wenn der Preis für irgendetwas anderes für alle gleich hoch ist. Denn auch der Preis von einem Kilo Kartoffeln, egal wie hoch oder tief, belastet Leute mit wenig Geld stärker als solche mit mehr Geld. Am besten sollten wir der Heuchelei ein Ende setzen und anerkennen: Bei Steuern geht es nicht um Gerechtigkeit und beispielhaftes Sozialverhalten. Es geht darum, dass sich der Staat per Gesetz, d. h. unter Androhung von Zwang und Gewalt, Einnahmen verschafft. Man ahnt es förmlich, schon der schiere Vorgang verheisst wenig Raum für Romantik. Dass die sogenannten «Reichen» den Gross-

teil dieser Lasten aufgebürdet bekommen, hat ebenfalls nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Im Gegenteil, das beruht – es lebe die Demokratie – auf der Errungenschaft «Mehrheitsbeschluss». Eine Mehrheit beschliesst, eine Minderheit auszunehmen oder es zumindest andauernd zu versuchen. «Demnach lässt sich plausibel erklären, warum die real existierende Fiskokratie unter dem Pseudonym der Demokratie sich heute mehr denn je einer bequemen Prosperität erfreut: Wenn schon die Tätigkeit des Fiskus im Allgemeinen von einer quasinatürlichen Unpopularität begleitet wird, gewinnt sie doch die Zustimmung der Mehrheiten, sobald sie sich als das geeignete Mittel erweist, die Schafe mit den längeren Haaren zu scheren.» (Peter Sloterdijk, «NZZ» – «Wer befiehlt, zahlt nicht»)

Hans Mechnig
Im Tröxle 46, Schaan

WOW!
Die coolste Rutschenwelt der Schweiz.

säntispark
ABTWIL/ST.GALLEN